

**Niederschrift über die 21. Sitzung der Senatskommission für
Stadtentwicklung und Wohnungsbau am 3. April 2014**
Auszug

B e s c h l u s s:

**TOP 4: Beschleunigte Einführung des digitalen Baugenehmigungsverfahrens in
Hamburg**

Die Senatskommission beschließt:

1. Die im Baugenehmigungsverfahren zu beteiligenden Dienststellen innerhalb der hamburgischen Verwaltung werden verpflichtet am elektronischen Beteiligungsverfahren teilzunehmen.
2. Das federführende Bezirksamt Bergedorf wird beauftragt, die Bereitstellung von Personalressourcen für die Begleitung der Einführung des digitalen Baugenehmigungsverfahrens aus Unterstützungsmitteln gemäß Ziffer 9 des „Vertrages für Hamburg - Wohnungsneubau“ zu veranlassen.
3. Das Bezirksamt Bergedorf (federführend) wird beauftragt, gemeinsam mit dem Bezirksamt Hamburg-Nord (N/ITB), der Finanzbehörde und der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, die Voraussetzungen für die Erweiterung und Optimierung des Verfahrensbetriebs sowie insbesondere einen dauerhaft gesicherten Anwendersupport zu schaffen.
4. Der Senatskommission ist über den Umsetzungsstand zu den Petita 2 und 3 bis zur Sommerpause 2014 zu berichten.

Einverstanden:

gez. Dr. Christoph Krupp
Staatsrat

Für die Niederschrift:

gez. Thomas Stögbauer
Geschäftsführung



Senatskanzlei

Beschleunigte Einführung des digitalen Baugenehmigungsverfahrens in Hamburg

A. Zielsetzung:

Die Einführung des digitalen Baugenehmigungsverfahrens soll beschleunigt werden.

B. Lösung

- (1) Die im Baugenehmigungsverfahren zu beteiligenden Dienststellen der FHH nehmen verpflichtend am elektronischen Beteiligungsverfahren teil.
- (2) Für die Begleitung der Einführung des digitalen Baugenehmigungsverfahrens werden die erforderlichen Personalressourcen zur Verfügung gestellt.
- (3) Die Voraussetzungen für die Erweiterung und Optimierung des Verfahrensbetriebs sowie insbesondere einen dauerhaft gesicherten Anwendersupport werden geschaffen.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Eine detaillierte Darstellung der Kosten und der Wirtschaftlichkeit im Zusammenhang mit der Einführung des digitalen Baugenehmigungsverfahrens ist bereits im Rahmen der Senatsdrucksache Nr. 2014/434 „Änderung der Bauvorlagenverordnung zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung des digitalen Baugenehmigungsverfahrens“ erfolgt.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

siehe C

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

siehe C

F. Auswirkungen auf

☐ Familienpolitik

- ☐ Klimaschutz
- ☐ Bürokratieabbau
- ☐ Inklusion
- ☐ Gleichstellung

G. Alternativen

Verzicht auf die Einführung des digitalen Baugenehmigungsverfahrens

H. Anlagen

keine